

Neue Umrechnungskurse zur Ermittlung von Zollwerten und Umsatzsteuer Seite 28

Neue Verordnungen zu Post-Bezügen und Nachtdienstgeld Seite 28

Oberbank AG fordert zur Einreichung von Aktienurkunden auf Seite 30

1300 Unternehmen unterstützen bereits alternatives Wirtschaftsmodell

Menschliche Werte in der Wirtschaft messbar machen

Von Rosa Eder-Kornfeld

■ **Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung plant internationalen Verband.**

Wien. Schon der griechische Philosoph Aristoteles kritisierte das Wirtschaften, das nur auf Geldgewinn aus ist, als widernatürlich. „Im Gegenzug bestimmte er jenes gerechte Gute, das einer Gemeinschaft zuträglich und auf das sie verpflichtet ist, also das Gemeinwohl.“ So beginnt die Geschichte der Gemeinwohl-Ökonomie, nachzulesen auf der Homepage jenes österreichischen Vereins, der sich für ebendieses Wirtschaftsmodell stark macht.

Der Bogen spannt sich weiter zu Thomas von Aquin, über Leibnitz und Rousseau und die bayerische Verfassung bis zu den „50

Vorschlägen für eine gerechtere Welt“ von Attac-Mitbegründer Christian Felber. Er gilt als Schöpfer der Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) und brachte 2010 seine nicht unumstrittenen kapitalismuskritischen Thesen in einem viel beachteten Buch zu Papier, das naturgemäß nicht nur Begeisterung hervorrief.

Ungeachtet der Kritik folgten dem Aufruf Felbers, sich seinen Ideen anzuschließen, bisher mehr als 1300 Unternehmen, fast 4000 Privatpersonen, rund 60 Politiker und 164 Vereine in mittlerweile 18 Ländern der Welt. Neben den fünf Kernstaaten Spanien, Italien,

Schweiz, Deutschland und Österreich sind dies Länder in Nord- und Südamerika, Osteuropa, Skandinavien und Australien/Neuseeland. Zu den Unterstützern in Österreich zählen etwa die Waldviertler Sonnentor GmbH, die Raiffeisenbank Lech/Arberg, der Fleischeriebe-

ÖFFENTLICHER SEKTOR & ZIVILGESELLSCHAFT

trieb Schirrhofer oder die Münchner Sparda Bank. Sie erstellen bereits neben der herkömmlichen Bilanz eine Gemeinwohl-Bilanz.

„Den Akteuren ist es ein Anliegen, menschliche Werte in der Wirtschaft mess- und sichtbar zu machen. Damit soll sichergestellt werden, dass das ‚Gemeinwohl‘ zum Kern der wirtschaftlichen und politischen Aktivitäten wird, wie es bereits jetzt in vielen Staaten verfassungsrechtlich verankert ist“, heißt es in einer Presseaussendung.

Gemeinwohl vs. ökosoziale Marktwirtschaft

Und weil der Bedarf nach einer internationalen Koordinierung der Bewegung wuchs, hat vor wenigen Tagen ein achtköpfiges Team seine Arbeit aufgenommen, das die Gründung eines internati-



Statistiken sind nicht alles: Auch die Menschen hinter den Zahlen zählen. Foto: fotolia

onalen Verbandes in die Hand nimmt. Christian Felber ist für die externe Kommunikation zuständig.

Unterdessen reißt die Kritik an seinem Modell nicht ab. So äußerte etwa jüngst die Wirtschaftskammer (WK) Steiermark ihre Bedenken. In einer Broschüre mit dem Titel „Gemeinwohl? Scheinwohl? Argumente für Wachstum und Wohlstand“ geht sie mit der Gemeinwohl-Ökonomie hart ins Gericht und lobt die ökosoziale Marktwirtschaft. Diese verfolge in vielerlei Hinsicht ähnliche Ziele wie das System der Gemeinwohl-Ökonomie, ohne aber das Wettbewerbsprinzip in Frage zu stellen, heißt es etwa darin. Und: Die Gemeinwohl-Ökonomie überschreite die Grenzen einer liberalen, demokratischen Wirtschaftsordnung, wenn es um die Beschränkung von Eigentumsrechten geht, und beinhalte kommunistische Elemente.

Dass sich die WK Steiermark auf 30 Seiten der Wachstumskritik widme, sei grundsätzlich erfreulich, so Felber. Er bemängelt jedoch, dass in der Broschüre eine detaillierte Vorstellung der Gemeinwohl-Ökonomie und eine Abbildung der Gemeinwohl-Bilanz fehlen. „Wie glaubwürdig kann die Infragestellung eines Vorschlags zu einer neuen Wirtschaftsordnung sein, wenn darin überhaupt nicht auf die Funktions- und Wirkungsweise des Kerninstruments, der Gemeinwohl-Bilanz, eingegangen und die gesamte Alternative mit einem Dreizeiler erklärt wird?“, fragt er sich. Die Gemeinwohl-Ökonomie verstehe sich selbst als ökologische, soziale, solidarische, humane und demokratische Marktwirtschaft. ■

Mehr zu den Inhalten und Visionen der Gemeinwohl-Ökonomie sowie ähnlichen Ansätzen unter: www.gemeinwohl-oekonomie.org



Kapitalismus-Kritiker Christian Felber. Foto: Andy Urban

Preise und Auszeichnungen

Der **Österreichische Klimaschutzpreis** geht in die sechste Runde. Noch bis 16. August 2013 können visionäre Konzepte und vorbildliche Projekte eingereicht werden. Der Preis, der von Lebensministerium und ORF vergeben wird, richtet sich an Unternehmen, Organisationen, Vereine, öffentliche Einrichtungen und Privatpersonen. Klimaschutzprojekte können in vier Kategorien auf www.klimaschutzpreis.at eingereicht werden.

Die Rubble Master HMH GmbH hat von der Wirtschaftskammer Österreich im Rahmen des diesjährigen Exporttages die Auszeichnung **KMU-Nischenweltmeister** erhalten. Das Unternehmen wurde 1991 von Gerald Hanisch in Linz gegründet. 1992 präsentierte Rubble Master die

erste Brecheranlage für das Recycling von Baurestmassen. Mit einer Exportquote von 90 Prozent werden die Compact Crusher des heutigen Weltmarktführers in mehr als 50 Ländern auf allen Kontinenten vertrieben.

Der Handelsverband ruft zur Einreichung für die **E-Commerce Quality Awards 2013** bis 16. September 2013 auf. Ausgezeichnet werden Online-Shops, Webauftritte, Mobile Shops und Apps, die nicht nur den gesetzlich geforderten Kriterien entsprechen, sondern den Konsumenten besonders hohe Professionalität, Qualität, Transparenz und Sicherheit im Internet bieten. Träger der Gütesiegel E-Commerce Quality (ECQ) bzw. M-Commerce Quality (MCQ) nehmen automatisch teil. Infos: www.sicher-einkaufen.at

Gesetzes-News

Das Bundesgesetz zur **Änderung des Kinderbetreuungsgeldgesetzes** enthält gute Nachrichten für die Eltern von Kleinkindern: Die Zuverdienstgrenze beim einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeld und bei der Beihilfe zum pauschalen Kinderbetreuungsgeld wird auf 6400 Euro pro Kalenderjahr erhöht. Damit wird weiterhin gewährleistet, dass unselbständig erwerbstätige Eltern bis zur ASVG-Geringfügigkeitsgrenze dazuverdienen dürfen.

Weiters wurde ein neues Gesetz beschlossen, das den **Schutz unmündiger Minderjähriger vor Gewalt im Bereich der Familie** verbessert. Mit 1. September 2013 wird unter anderem das polizeiliche Betretungsverbot, das bis dato auf Wohnungen be-

schränkt war, bei unmittelbar von Gewalt betroffenen Kindern auf Schulen, Kindergärten und Horte und einen Umkreis von 50 Metern ausgeweitet.

Durch eine Änderung im Arbeitsrecht können künftig Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer mit ihren Arbeitgebern eine **Pflegekarenz** oder eine **Pflegeteilzeit** vereinbaren. Ziel ist es, insbesondere im Falle eines plötzlich auftretenden Pflegebedarfs von nahen Angehörigen oder zur Entlastung einer pflegenden Person für eine bestimmte Zeit, den betroffenen Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern die Möglichkeit einzuräumen, die Pflegesituation (neu) zu organisieren.

Weiters wird das **Entwicklungshelfergesetz** an die aktuellen Gegebenheiten und Rechts-

vorschriften angepasst und die sozial- und arbeitsrechtliche Situation von Entwicklungshelfern verbessert. Zu den Verbesserungen zählen unter anderem die Erweiterung des Anspruchs auf Entschädigung für zusätzliche Aufwendungen.

Eine bessere soziale Absicherung gibt es für **Kleinunternehmer**: In besonders berücksichtigungswürdigen Fällen wird Unternehmerinnen/Unternehmern künftig eine **Überbrückungshilfe** in Form von Zuschüssen zu den Pensions- und Krankenversicherungsbeiträgen nach dem GSVG geleistet. Das sieht das Bundesgesetz zur Änderung des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes vor.

Mehr zu geplanten und beschlossenen Gesetzen auf www.help.gv.at